



Information über die Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 DSGVO)

Personal, Organisation und Digitalisierung Sachbereich Personal

Nach den Vorgaben der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sind wir dazu verpflichtet, Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch das oben genannte Amt des Landratsamtes Rastatt aufzuklären. Im Folgenden möchten wir der Informationspflicht gemäß Artikel 13 DSGVO nachkommen.

1. Verarbeitung personenbezogener Daten

1.1 Zwecke der Verarbeitung personenbezogener Daten

Das Personal, Organisation und Digitalisierung – Sachbereich Personal – verarbeitet personenbezogene Daten ausschließlich zur Erledigung gesetzlich vorgeschriebener Pflichtaufgaben und Erbringung von Leistungen im Rahmen freiwilliger Angebote. Ihre Daten werden zu folgendem Zweck erhoben:

- Digitales Bewerbungsmanagementsystem „MHM eRecruiting“
 - Bewerbung und/oder Registrierung zur Bearbeitung Ihrer Bewerbung im Hinblick auf eine Anbahnung eines Dienst- oder Beschäftigungsverhältnisses mit dem Landkreis Rastatt
- Cookies
 - Über das digitale Bewerbungsmanagementsystem „MHM eRecruiting“ nutzen wir Cookies. Bei Cookies handelt es sich um kleine Textdateien, die auf Ihrer Festplatte dem von Ihnen verwendeten Browser durch eine charakteristische Zeichenfolge zugeordnet und gespeichert werden und durch welche der Stelle, die das Cookie setzt, bestimmte Informationen zufließen.
 - Cookies können Daten enthalten, die eine Wiedererkennung des genutzten Geräts möglich machen. Teilweise enthalten Cookies aber auch lediglich Informationen zu bestimmten Einstellungen, die nicht personenbeziehbar sind. Wir benutzen nur Session-Cookies, die wieder gelöscht werden, sobald Sie Ihren Browser schließen. Zudem benutzen wir nur sogenannte „technisch notwendige Cookies“. Diese sind zwingend erforderlich, um grundlegende Funktionen des digitalen Bewerbungsmanagementsystems „MHM eRecruiting“ zu nutzen und die Sicherheit der Datenverarbeitung zu gewährleisten. Der Einsatz von Cookies, die zwingend technisch erforderlich ist, stellt eine Datenverarbeitung dar, die auch ohne ausdrückliche und aktive Einwilligung Ihrerseits erlaubt ist.

Hierzu zählen auch Beratungen und die Bearbeitung individueller Anliegen. In diesem Zusammenhang werden personenbezogene Daten auch zu statistischen Zwecken verarbeitet.

1.2 Grundlage der Verarbeitung

Die Rechtsgrundlage zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ergibt sich aus Art. 88 DSGVO i.V.m. § 15 Landesdatenschutzgesetz (LDSG) sowie gegebenenfalls § 50 Beamtenstatusgesetz (BeamtStG) in Verbindung mit §§ 83 bis 88 Landesbeamtengesetz (LBG) sowie gegebenenfalls aus Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b DSGVO sofern die Verarbeitung für die Erfüllung eines Vertrags oder zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich ist. Sofern eine Einwilligung von Ihnen vorliegt, ergibt sich die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten aus Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a i.V.m. Artikel 7, 8 DSGVO bzw. gegebenenfalls auch in i.V.m.

Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO. Weitere Rechtsgrundlage kann Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DS-GVO ("Berechtigtes Interesse") sein. Dieses liegt vor, wenn die Verarbeitung zur Wahrung unserer berechtigter (insbesondere rechtlicher oder wirtschaftlicher) Interessen oder eines Dritten erforderlich ist, sofern nicht die gegenläufigen Interessen oder Rechte von Ihnen überwiegen. Sofern erforderlich und gesetzlich zulässig, verarbeiten wir Ihre Daten über die eigentlichen Vertragszwecke hinaus zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO.

Wir benötigen für den Bewerbungsprozess in der Regel keine besonderen Kategorien personenbezogener Daten i.S.d. Art. 9 DSGVO bzw. § 15 Abs. 2 LDSG. Wenn solche Informationen ausnahmsweise für den Bewerbungsprozess relevant sind, das heißt soweit die Verarbeitung erforderlich ist, um unseren oder Ihren Rechten und Pflichten, auch aufgrund von Kollektivvereinbarungen, auf dem Gebiet des Dienst- und Arbeitsrechts sowie des Rechts der sozialen Sicherheit und des Sozialschutzes zu genügen und kein Grund zu der Annahme besteht, dass das schutzwürdige Interesse von Ihnen an dem Ausschluss der Verarbeitung überwiegt, verarbeiten wir sie zusammen mit Ihren anderen Bewerberdaten. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung sind dann Art. 9 Abs. 2 lit. b DSGVO, § 15 Abs. 2 LDSG bzw. gegebenenfalls § 164 SGB IX, 178 SGB IX.

Es werden zur Bearbeitung Ihrer Bewerbung insbesondere keine Informationen benötigt, die nicht nach dem allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) verarbeitet werden dürfen. Das AGG verbietet Diskriminierungen wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion, der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität. Wir bitten Sie, sämtliche Angaben, die durch das Gleichbehandlungsgesetz irrelevant zur Bearbeitung Ihrer Bewerbung sind, nicht mit zu übermitteln.

Nach Abschluss des Verfahrens können die Daten zur Erfüllung anderer gesetzlicher Pflichten verarbeitet werden, etwa um gesetzlichen Aufbewahrungspflichten bzw. Archivpflichten nachzukommen. Es gelten bei Archivierung dann die Vorschriften der DS-GVO, des LDSG und besondere einschlägige gesetzliche Regelungen zur Aufbewahrung nach Landesarchivgesetz (LArchG).

1.3 Übermittlung der personenbezogenen Daten

Wir geben Ihre personenbezogenen Daten innerhalb unserer Behörde ausschließlich an die Bereiche und Personen weiter, die diese Daten zur Erfüllung der (vor)vertraglichen, gesetzlichen, kollektivrechtlichen Pflichten bzw. zur Umsetzung unseres berechtigten Interesses benötigen. Hierzu zählen auch Organe der Interessenvertretung (wie Personalrat, Jugend- und Auszubildendenvertretung, Schwerbehindertenvertretung und Gleichstellungsbeauftragte).

Weiterhin kann eine Datenweitergabe an das Kreisarchiv des Landratsamt Rastatt (öffentliches Archiv) erfolgen.

Eine Datenweitergabe an Empfänger außerhalb unserer Behörde erfolgt soweit gesetzliche Bestimmungen dies erlauben oder gebieten, die Weitergabe zur Abwicklung und somit zur Erfüllung des Vertrages oder, auf Ihren Antrag hin, zur Durchführung von vorvertraglichen Maßnahmen erforderlich ist oder wir zur Erteilung einer Auskunft befugt sind. Ihre personenbezogenen Daten werden in unserem Auftrag auch auf Basis von Auftragsverarbeitungsverträgen nach Art. 28 DSGVO verarbeitet. In diesen Fällen stellen wir sicher, dass die Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Einklang mit den Bestimmungen der DSGVO erfolgt. Unter diesen Voraussetzungen können Empfänger personenbezogener Daten sein: Auftragsverarbeiter komm.one (Anstalt des öffentlichen Rechts), Auftragsverarbeiter MHM Systemhaus GmbH (IT-Security Anbieter).

1.4 Berechtigte Interessen für die Verarbeitung der Daten nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe f DSGVO

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt nur bei berechtigtem Interesse des Verantwortlichen oder eines Dritten. Um geltend gemachte Rechtsansprüche gegen uns abzuwehren haben wir gem. Art. 6 Abs. 1 f DSGVO ein berechtigtes Interesse Ihre personenbezogenen Daten zu verarbeiten. Das berechtigte Interesse ist beispielsweise eine Beweispflicht in einem Verfahren nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Sollten die Interessen, Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person überwiegen, werden die personenbezogenen Daten nicht an Dritte weitergegeben.

2. Dauer der Speicherung / Löschungsfristen

Sie können jederzeit im Bewerbungsmanagementsystem Änderungen Ihrer Daten vornehmen oder Ihre Daten unter dem Punkt „Account löschen“ entfernen. Bitte beachten Sie, dass sich Änderungen Ihrer Daten auf die gesamte Bewerbung auswirken können. Ihre im Verlauf der Online-Bewerbung angegebenen Daten und Informationen werden unter Wahrung gesetzlicher Rahmenbedingungen solange aufbewahrt, wie es für das Bewerbungsverfahren notwendig ist, längstens jedoch 6 Monate nach Abschluss des Auswahlverfahrens. Nach Ablauf dieser Frist wird sofern mit Ihnen kein Beschäftigungs- bzw. Dienstverhältnis zustande kommt, lediglich ein Teil Ihrer Daten in anonymisierter Form gespeichert, ohne dass ein Personenbezug hergestellt werden kann. Der Personenbezug wird vollständig gelöscht und der Datensatz lässt dadurch keine Rückschlüsse mehr auf Ihre Person zu und dient nur als Grundlage für statistische Auswertungen. Die Anlagen Ihrer Bewerbungen (wie beispielsweise Lebenslauf und Zeugnisse) werden vollständig gelöscht.

Ihr Benutzerkonto wird automatisch gelöscht, sobald die letzte zugehörige Bewerbung anonymisiert wurde. Sie haben nach Löschung Ihres Benutzerkontos dann auch keine Möglichkeit mehr, sich über dieses Benutzerkonto im System anzumelden.

Sofern es zu einem Beschäftigungs- bzw. Dienstverhältnis zwischen Ihnen und dem Landkreis Rastatt kommt, können wir gem. Art. 88 DSGVO i.V.m. Art. 15 LDSG, § 50 Beamtenstatusgesetz (BeamtStG) und §§ 83 bis 88 Landesbeamtengesetz (LBG) die bereits von Ihnen erhaltenen Daten für Zwecke des Beschäftigungsverhältnisses weiterverarbeiten, soweit dies für die Durchführung oder Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses oder zur Ausübung bzw. Erfüllung der sich aus einem Gesetz oder Tarifvertrag, Dienstvereinbarung (Kollektivvereinbarung) ergebenden Rechte und Pflichten der Interessenvertretung der Beschäftigten erforderlich ist.

3. Bereitstellung der Daten

Die Bereitstellung personenbezogener Daten im Rahmen von Bewerbungsprozessen ist weder gesetzlich noch vertraglich vorgeschrieben und somit freiwillig. Bitte beachten Sie jedoch, dass diese für die Entscheidung über eine Bewerbung bzw. einen Vertragsabschluss in Bezug auf ein Dienst- oder Beschäftigungsverhältnis mit dem Landkreis Rastatt erforderlich sind. Soweit Sie uns keine bzw. nicht die für den Bewerbungsprozess erforderlichen personenbezogenen Daten bereitstellen, können wir keine Entscheidung zur Begründung eines Beschäftigungsverhältnisses treffen. Wir empfehlen im Rahmen Ihrer Bewerbung nur solche personenbezogenen Daten anzugeben, die zur Durchführung der Bewerbung erforderlich sind.

4. Betroffenenrechte

4.1 Recht auf Widerruf Ihrer Einwilligung (Artikel 7 DSGVO)

Sie haben das Recht, Ihre erteilte Einwilligung jederzeit und ohne Angabe von Gründen zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der auf Grund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

4.2 Auskunftsrecht (Artikel 15 DSGVO)

Sie haben das Recht sofern nicht die Vorschriften der §§ 9, 13 Abs. 4, 14 Abs. 2, 16 Abs. 1 LDSG diesem Auskunftsrecht entgegenstehen, von uns eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob Sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden. Ist dies der Fall, so haben Sie ein Recht auf Auskunft über die Verarbeitung.

4.3 Recht auf Berichtigung/Löschung/Einschränkung der Verarbeitung (Artikel 16-19 DSGVO)

Sie haben das Recht, von uns zu verlangen, dass

- Sie betreffende unrichtige personenbezogene Daten unverzüglich berichtigt werden (Recht auf Berichtigung - Artikel 16 DSGVO) sofern nicht die Vorschriften der §§ 13 Abs. 4, 14 Abs.3 LDSG diesem Berichtigungsrecht entgegenstehen,

-
- Sie betreffende personenbezogene Daten unter den Voraussetzungen des Artikels 17 DSGVO unverzüglich gelöscht werden (Recht auf Löschung) sofern nicht die Vorschrift von § 10 LDSG dem Recht auf Löschung entgegensteht und
 - die Verarbeitung unter den Voraussetzungen des Artikels 18 DSGVO eingeschränkt wird (Recht auf Einschränkung der Verarbeitung) sofern nicht die Vorschriften der §§ 13 Abs. 4, 14 Abs. 3 LDSG diesem Recht auf Einschränken der Verarbeitung entgegenstehen.

4.4 Recht auf Datenübertragbarkeit (Artikel 20 DSGVO)

Erfolgt die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten auf Grundlage einer Einwilligung oder auf einem Vertrag, steht Ihnen unter den Voraussetzungen des Artikels 20 DSGVO ein Recht auf Datenübertragung zu sofern nicht die Vorschrift des § 14 Abs. 3 LDSG diesem Recht entgegensteht.

4.5 Widerspruchsrecht (Artikel 21 DSGVO)

Erfolgt die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten auf Grundlage des Artikels 6 Abs. 1 Buchstabe e oder f DSGVO, steht Ihnen unter den Voraussetzungen des Artikels 21 DSGVO ein Widerspruchsrecht zu sofern nicht die Vorschriften der §§ 13 Abs. 4, 14 Abs. 3 LDSG diesem Recht entgegenstehen.

4.6 Beschwerderecht (Artikel 77 DSGVO)

Sind Sie der Ansicht, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt, haben Sie, unbeschadet anderer Rechtsbehelfe, das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde.

Kontakt:

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg

Adresse: Lautenschlagerstraße 20, 70173 Stuttgart

Telefon: 0711 6155410

E-Mail: poststelle@ldi.bwl.de

5. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Landratsamt Rastatt, Am Schlossplatz 5, 76437 Rastatt,

vertreten durch den Landrat

landrat@landkreis-rastatt.de oder Telefon 07222 381-1001

6. Unsere Datenschutzbeauftragte oder unseren Datenschutzbeauftragten

erreichen Sie unter

datenschutz@landkreis-rastatt.de oder Telefon 07222 381-1093